

EDITORIAL

Eine neue, antikapitalistische Linke ist nötig

In den letzten 20 Jahren ist es in der Schweiz zu einem kontinuierlichen Rückgang der Lebens- und Arbeitsbedingungen des grösseren Teils der Bevölkerung gekommen. Armut und Unsicherheit haben immer mehr zugenommen. Am Beispiel der La Boillat in Reconvilier sehen die Lohnabhängigen, wie ihre Rechte durch profitgierige und arrogante Arbeitgeber mit Füssen getreten werden.

Diese soziale Krise muss in einem grösseren Zusammenhang der Zunahme sozialer Ungleichheiten auf Weltebene gesehen werden. Der Graben zwischen Arm und Reich war noch nie so gross wie heute. Während die Profite einer kleinen Minderheit von Kapitaleigentümern kolossale Grössen erreichen und der technische Fortschritt rasant wächst, wird für einen immer grösser werdenden Teil der Weltbevölkerung die Befriedigung elementarster Bedürfnisse zu einem Ding der Unmöglichkeit. Die Gesetze des Marktes verhindern dies schlichtweg.

Dieser Graben der Ungleichheiten ist die Frucht der derzeitigen Entwicklung des Kapitalismus. Die Globalisierung des Kapitals bietet Kapitaleigentümern die Möglichkeit, die Lohnabhängigen in ein globales Konkurrenzverhältnis zu setzen. Der kapitalistische Konkurrenzkampf übt einen enormen Druck auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen aus. Die weniger produktiven Menschen werden in diesem Wettrennen um Profit auf ein Abstellgleis gestellt. Die imperialistischen Kriege sind die Fortsetzung dieser wirtschaftlichen Kämpfe. Das Ziel solcher Kriege ist die totale Kontrolle über die Rohstoffressourcen und somit die Beherrschung der jeweiligen Lokalmärkte.

Die Folgen der Globalisierung treiben die Widersprüche des kapitalistischen Systems auf die Spitze. Sie führen heute zu einer sozialen - und morgen zu einer ökologischen Katastrophe. Organisationen, die behaupten Lohnabhängige und Unterdrückte zu verteidigen, bleiben angesichts der beschriebenen Probleme sehr still. Die sogenannte, traditionelle "Linke" (Sozialdemokratische Partei, Grüne), zieht es vor, das kapitalistische System und ihre Ungleichheiten zu verwalten, anstatt es umzuwandeln. Ihre Vertreter sind sogar zu willigen Vollstreckern der unsozialen Politik der Bosse geworden. Um dies festzustellen reicht es einen Blick auf den Bundesrat zu werfen.

Sozialdemokraten wie Micheline Calmy-Rey und Moritz Leuenberger arbeiten dort in bester Eintracht und Kollegialität mit dem milliardenschweren Unternehmer Christoph Blocher (SVP) zusammen und rechtfertigen dadurch auch seine Politik. Die Gewerkschaftsführungen entfernen sich ihrerseits immer mehr von den Bedürfnissen und Anliegen der Lohnabhängigen. Anstatt den Widerstand der Arbeitenden gegen die Angriffe der Unternehmer zu organisieren, passen sie sich lieber an und drängen die Lohnabhängigen zur Passivität und zur Resignation. La Boillat ist ein Musterbeispiel der heutigen Gewerkschaftspolitik.

Um gegen die kapitalistische Globalisierung und ihre verheerenden sozialen Folgen zu kämpfen, ist der Aufbau einer neuen Linken nötiger denn je. Eine Linke, die die „soziale Partnerschaft“, die nur den Firmenbesitzern nutzt, ablehnt und die sozialen Kämpfe auf der Seite der Lohnabhängigen und der Unterdrückten aufnimmt. Eine Linke, die es wagt, das kapitalistische System als Hauptverursacher der bestehenden sozialen Ungleichheiten zu benennen. Ein System, das auf Ausbeutung und Profit aufgebaut wurde. Eine Linke, die eine unentbehrliche Diskussion über die sozioökonomischen Alternativen zum Kapitalismus und über einen möglichen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ fördert.

Eine neue antikapitalistische Linke aufzubauen, in Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Dafür setzen sich die AktivistInnen der BFS Freiburg ein. ■

— Allgemeingut statt private Profite !

WÄHLT eine antikapitalistische Linke !

WÄHLT BFS

Foto: Noverraz



Diese Gesellschaft baut auf Ungleichheit und Unterdrückung. Dies ist unakzeptabel.

Ein feministischer Kampf ist notwendig!

Feministin zu sein heisst nicht, die Männer zu hassen, sondern einzusehen, dass das Patriarchat, d. h. die Männerherrschaft ein fundamentaler Pfeiler dieser Gesellschaft darstellt. Diese Herrschaft verursacht die systematische Diskriminierung der Frauen in vielen Bereichen und sichert den Männern Privilegien und Macht.

Die Frauenbewegung hat die Diskriminierungen, unter denen die Frauen litten, bekämpft. Diese Bewegung hat wichtige Errungenschaften wie der Zugang zur Bildung, die zivilen und politischen Rechte (in der Schweiz wurde das Wahlrecht der Frauen erst im Jahre 1971 eingeführt!), das Recht, über den eigenen Körper zu verfügen, die Verhütung und das Recht auf Abtreibung (eine neuere und erst noch partielle Errungenschaft in der Schweiz) erkämpft.

Die Feministinnen haben sich der Logik dieses wirtschaftlichen und sozialen Systems, das Frauen und Männern gut definierte und getrennte Rollen zuweist, widersetzt. Diese Rollenteilungen werden als naturgegeben dar-

gestellt und deshalb könne man sie nicht ändern. Den Frauen werden vorrangig die Hausarbeit als Hausfrau und Erzieherin der Kinder zugewiesen. Die Männer hingegen besetzen den öffentlichen Raum.

Der feministische Kampf ist immer noch aktuell

Die kapitalistische Krise verschärft die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, aber auch zwischen den Frauen. Frauen sind von Prekarität und Arbeitslosigkeit am meisten betroffen. Sie sind die Hälfte der Weltbevölkerung, stellen aber nur einen Drittel der lohnabhängigen Arbeitskräfte dar. Sie verfügen über 10% des weltweiten Reichtums und

über 1% des Eigentums. 70% der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben (etwa 1,3 Milliarden Menschen) sind Frauen. Sie leiden unter dem ökonomischen Raubzug und der ökologischen Zerstörung der Länder des Südens die durch die kapitalistischen, multinationalen Konzerne organisiert wird; sie sind Opfer von Gewalt in zahlreichen imperialistischen Kriegen, die auf der Welt stattfinden.

In der Schweiz, wie im Rest der Welt sind die Löhne der Frauen noch niedriger als jene der Männer (ungefähr 20% weniger bei gleicher Arbeit). In Verantwortungspositionen sind Frauen immer noch selten. Sie sind oft gezwungen, Berufe mit unsicheren Arbeitsverhältnissen auszuüben (Teilzeitarbeit,

Arbeit auf Abruf, Temporärarbeit, usw.). Gleichzeitig verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen allgemein (Jahresarbeitszeiten, Leistungslohn, Erhöhung der Arbeitsbelastung und -rhythmen).

Hausarbeit und Erziehung der Kinder bleiben heute noch weitgehend eine Frauenangelegenheit, die eine unbezahlte Arbeit darstellt; sie müssen deshalb einen doppelten Arbeitstag bewältigen. Schliesslich sind sie sowohl in der Privatsphäre, wie im öffentlichen Raum, Opfer verschiedener Formen von Gewalt: Mobbing, geschlechtliche und physische Gewalt, sexistische Beleidigungen usw.

Kämpfen wir gemeinsam für eine wirkliche

Befreiung von Frauen und Männern!

Diese Ungleichheiten und Gewalten, deren Opfer Frauen sind, sind weder "naturgegeben" noch unvermeidlich. Sie sind das Produkt einer Gesellschaft, die auf Unterdrückung und Herrschaft gründet, die keine wahre Befreiung von Frauen und Männern, zulässt. Aus diesem Grund denken wir, dass Frauen, sich organisieren müssen, um ein Kräfteverhältnis aufzubauen. Wir müssen aber auch die Marktlogik in Frage stellen, die nur die Rechte der Menschen, die über finanzielle Mittel verfügen, "anerkennt" (Recht auf Gesundheit, auf Bildung usw.). Deshalb ist es nötig, dass sich Frauen mit anderen sozialen Bewegungen und mit allen Unterdrückten und Ausgebeuteten des kapitalistischen und patriarchalen Systems verbinden. Die Schaffung von Kinderkrippen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ein Vaterschaftsurlaub sind einige der Forderungen, die heute nötig sind, um die reelle Emanzipation der Frauen, die für ein sozialistisches Projekt konstituierend ist, zu fördern. ■

Für eine andere Einwanderungs- und Asylpolitik

Wie in allen europäischen Ländern ist auch in der Schweiz die Diskussion über die Einwanderung ein Dauerbrenner. Den Abstimmungen vom 24. September 2006 über die Totalrevision des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung von Ausländern (ANAG)¹ und über die 6. Teilrevision des Asylgesetzes (AsylG) sind von 1964 bis 2004 22 ausländerfeindliche Initiativen und Referenden vorausgegangen. Bundesrat Blocher erklärte kürzlich: „Die Schweiz hat mit den Ausländern kein Problem“². Damit versucht er, seine harte Offensive gegen die Ausländerinnen und Ausländer zu verharmlosen. Dass diese Politik keineswegs so harmlos ist, zeigen die 22 Initiativen und Referenden, sowie die Abstimmungsvorlagen vom 24. September.

In der Schweiz und anderswo wollen die Unternehmer über eine riesige billige und duldsame Arbeitskraftreserve verfügen, um den wachsenden Bedarf in allen Bereichen der Wirtschaft decken zu können. Gleichzeitig behaupten offizielle Stellen immer wieder, man wolle mit der Kontrolle der Migrationsströme folgende „Übel“ austrotten: den Verlust an nationaler Identität, die angebliche Invasion „illegaler“ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der angebliche Missbrauch unserer Sozialwerke (ALV, IV etc.) und unserer staatlichen Einrichtungen (Scheinehen) und das – tat-

sächlich – drohende Lohndumping, dessen Verursacher allerdings bei der Schweizer Wirtschaft und beim Seco zu suchen sind und ganz sicher nicht bei den ImmigrantInnen oder AsylbewerberInnen.

Nein zu irgendwelchen Trugbildern

Die offizielle Behauptung, man wolle beide Ziele erreichen, die in sich widersprüchlich und nicht miteinander zu vereinbaren sind, ist eine Lüge. Es ist klar die Absicht der herrschenden Kreise, die Macht des Kapitals über die Arbeit zu verstärken und einen enormen Druck auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen aller aufzubauen. Die Politik der Kontrolle der Migrationsströme, von der einige, v.a. innerhalb der Linken, glauben, sie stecke in einer Sackgasse oder sei gescheitert, ist in Tat und Wahrheit – als Teil des bundesrätlichen Sozialabbaus – ein weiterer Schritt in Richtung Präkarisierung, ein weiteres Mittel, um auf alle ArbeitnehmerInnen Druck auszuüben und sie zu spalten.

Für eine echte Antwort auf reale Bedürfnisse

Wenn diese Logik des Sozialabbaus und des Schürens ausländerfeindlicher und rassistischer Gefühle durchbrochen werden soll, braucht es eine völlig andere Einwanderungs- und Asylpolitik:



Foto: Verissimo

1) Anstelle einer Kontrolle der Migrationsströme braucht es eine echte Personenfreizügigkeit, die diesen Namen auch verdient. Das heisst, es braucht einen Ausbau der sozialen und gewerkschaftlichen Rechte. ImmigrantInnen aus Europa und aus aussereuropäischen Ländern müssen einander gleichgestellt werden. Alle Sans-papiers müssen kollektiv reguliert werden.

2) Die Bürgerrechte für AusländerInnen müssen nach einem kollektiv festgelegten Verfahren erweitert werden. Jene AusländerInnen, die in der Schweiz bleiben wollen,

müssen das aktive und passive Wahlrecht erhalten und zwar auf Bundesebene, im Kanton und in der Gemeinde.

3) Das Asylrecht muss auf Opfer nichtstaatlicher Gewalt und auf Frauen, die wegen ihres Geschlechts verfolgt werden, ausgeweitet werden. Verfolgte Menschen brauchen ein Recht auf Exil, das Recht, in einem Staat ihrer Wahl Schutz zu suchen.

Für Selbstorganisation und Aktionseinheit

Dafür muss eine möglichst

breite Aktionseinheit aufgebaut werden. In erster Linie sollte wie folgt eine kämpferische Gewerkschaftspolitik für die Gleichstellung von AusländerInnen und SchweizerInnen formuliert werden:

1) Ausbau der Gesamtarbeitsverträge;

2) Echter Kündigungsschutz für aktive Gewerkschaftsmitglieder;

3) Einführung einer sozialvertraglichen Kontrolle der Arbeitsbedingungen und Löhne anstatt der gegenwärtigen Bekämpfung der Schwarzarbeit im Rahmen des Bundesgesetzes gegen die Schwarz-

arbeit (BGSa);

4) Die Selbstorganisation in einheitlichen Basisbewegungen ungeachtet von Staatszugehörigkeit, Statut, Geschlecht oder Religion. ■

¹ Das vollständig revidierte ANAG wird durch das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (Ausländergesetz, AuG) ersetzt. Zu den Inhalten des AuG und des AsylG siehe La brèche, Januar 2005, mehrere Artikel auf der Website www.labreche.org sowie Die Bresche, Nr. 2, 2. Juni 2006, S. 4-5, www.bresche-online.ch.

² Le Matin dimanche, 20. August 2006.

Den Kapitalismus bekämpfen

Öffentliche Veranstaltung mit Daniel Bensaid,

Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR, Frankreich)

Dienstag, 17. Oktober um 20.00 Uhr in Freiburg

Café des Maréchaux, Rue des Chanoines 9

UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN FÜR DEN GROSSRAT AUS DER STADT FREIBURG



PIERRE-ANDRE CHARRIERE
54, Drucker

WYNA GILLER
30, Theaterdekorateurin

GAETAN ZURKINDEN
30, Gewerkschafter

NATACHA SANGLARD
32, Heilpädagogin

GUY ZURKINDEN
28, Gewerkschafter

LISTE 11

KONTAKT

Um Kontakt mit der BFS aufzunehmen:

- BFS, Pf. 961, 1701 Freiburg,
- mps-fribourg@labreche.ch
- Finanzielle Unterstützung :
PCK-Nr 17-464585-5 BFS Freiburg